

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 65 (1986)  
**Heft:** 4

**Vorwort:** Nur keine Angst vor der Presse  
**Autor:** Maissen, Toya

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 04.05.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Nur keine Angst vor der Presse

Von Toya Maissen

Im Basler Grossen Rat wurde von bürgerlicher Seite eine Interpellation eingereicht. Sie befasste sich mit dem für bürgerliche Verhältnisse unbotmässigen Verhalten eines sozialdemokratischen Regierungsrates. Was war geschehen? Die Mehrheit des Regierungsrates beschloss, anstelle von beschäftigungswirksamen Investitionen im Zusammenhang mit dem Öffentlichen Verkehr und einem Dienstleistungszentrum im Bereich des Bahnhofs wie geplant voranzutreiben die vom Stimmbürger mehrfach abgelehnte Stadtautobahn bekannt unter dem Stichwort «Nordtangente» vorzuziehen. Der sozialdemokratische Regierungsrat und Basler Volkswirtschaftsdirektor Mathis Feldges hielt diesen Entscheid nicht nur für falsch sondern sagte das parteiöffentlich, aber auch in einem Zeitungsinterview. Das brachte bürgerliche Politiker auf die Palme, es kam zur Interpellation. Darin erkundigte sich der Herr Interpellant nach dem Kollegialverhältnis innerhalb der Basler Regierung.

Nicht viel besser ging es dem anderen Basler SP-Regierungsrat, dem Gesundheitsdirektor Remo Gysin. Er wehrte sich nicht nur gegen einen Regierungsbeschluss sondern gewann auch gleich noch das Referendum dazu gegen den Bau eines Luxusaltersheims. Auch sonst sagt er jedem, der es hören will seine Meinung, und das ist jeweils eine linke Meinung. Er steht jetzt auch auf der Abchussliste der Bürgerlichen.

Ähnliche Erfahrungen, macht auch Bundesrat Otto Stich. Die Hetzkampagne, mit der sich in

diesem März die bürgerliche Presse über den sozialdemokratischen Bundesrat hergemacht hat, ist zwar nicht neu. Neu daran ist, dass sich die NZZ mit dem BLICK ins gleiche politische Lotterbett gelegt hat. Anlass war die Erhöhung des Zolls auf Heizöl und Erdgas sowie die Erhebung der Warenumsatzsteuer auf den Treibstoffzollzuschlag. BLICK samt Chefredaktor fielen dabei nicht aus dem gewohnten vulgären Rahmen.

Anders die NZZ, deren Wirtschaftsredaktor, Willy Linder, vollkommen die Contenance verlor. Die gediegene angeschminkte Vornehmheit des freisinnigen und ordnungspolitischen Meinungsblattes fiel in sich zusammen angesichts der Wut ihres ordoliberalen Vordenkers. Linder schob den ihm verhassten Sozialdemokraten Stich auf «vulgärökonomische Schleichwege» und fiel selber in den vulgärsten Journalismus, den man von der NZZ nur ganz ganz selten vorgesetzt bekommt. Die Frustration des verhinderten Konjunkturdelegierten Linder schlug voll durch. Er vergass sich selber soweit, dass er dabei auch noch den Bundesrat als Kollegialbehörde vergass. Otto Stich hat eben nie daran gedacht zu halten, was andere sich von ihm versprochen hatten. Linder warf dem Finanzminister sogar vor, dass ihn die «Gunst der Stunde» zum Bundesrat gemacht hat, vergessend, dass es seine Klientel war, die diese «Gunst der Stunde» erst möglich machten. Die Wut darüber, dass Otto Stich nicht der bequeme sozialdemokratische Erfül-

lungshelfer von Wirtschaftsförderung, Vorort und NZZ geworden ist, kennt keine Grenzen mehr.

Diese Beispiele – es gibt noch andere – zeigen, dass wenn sozialdemokratische Exekutivmitglieder eine klare fortschrittliche Linie vertreten, sie sehr schnell ins Fadenkreuz (vergl. Seite 2) bürgerlichen Unmuts geraten. Pressekampagnen und Diffamierung sind die Folgen, die allerdings nicht unbedingt Erfolg haben müssen. Die Reaktionen aus der Bevölkerung auf die Kampagne gegen Otto Stich hat gezeigt, dass von den mehr als Tausend eingegangenen Briefen mehr als 70 Prozent sich auf die Seite des angeschossenen Bundesrates stellten, darunter auch zahlreiche Leser und Leserbriefverfasser der NZZ.

Wenn Exekutivmitglieder der SP unbequeme Politik machen (nicht alle haben leider den Mut dazu), brauchen sie jedoch die Unterstützung der Partei. Es genügt nicht, an den Exekutivmitgliedern nur Kritik zu üben. Sie brauchen unsere Unterstützung und unsere Zuneigung ganz besonders in harten Zeiten. Es ist auch ungerecht, die ganze «Oppositionsarbeit» den Mandatären zu überlassen, wie das zur Zeit mancherorts der Fall ist.

Die drei Beispiele sollen aber noch etwas zeigen: Wer nicht Angst hat vor der bürgerlichen Presse, wer bei ihr nicht liebdiener, hat per saldo mehr davon: Die diffamierende Macht einer bestimmten Presse ist nur so gross, wie die Angst, die man vor ihr hat.